

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von mobilen Absperrerelementen

Beschlussorgan

Verkehrsausschuss

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	04.09.2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Zeitvertrag über die Lieferung von mobilen Absperrerelementen für die städtischen Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input checked="" type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	118.970,73	_____ €
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	_____	_____ €
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____ €
b) Sachaufwendungen etc.	_____ €
c) bilanzielle Abschreibungen	_____ €

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Erträge	_____ €
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____ €

Einsparungen: ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____ €
b) Sachaufwendungen etc.	_____ €

Beginn, Dauer

Begründung:

Als Straßenbaulastträger ist das Amt für Straßen und Verkehrstechnik verkehrssicherungspflichtig. Somit besteht die Verpflichtung, Vorkehrungen gegen voraussehbare Gefahren zu treffen, das heißt: unter anderem auch Bereiche von denen eine akute Unfallgefahr ausgeht, fachgerecht abzusperrern.

Des Weiteren führt das Amt für Straßen und Verkehrstechnik im Zuge der Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht Absperrmaßnahmen im Rahmen von Sonder- bzw. Großveranstaltungen (z.B. Karneval, Demonstrationen etc.) durch. Hierbei kommen mobile Absperrlemente zum Einsatz.

Aus diesem Grund soll ein Zeitvertrag über die Lieferung von mobilen Absperrlementen abgeschlossen werden, für den eine Laufzeit von zwei Jahren vorgesehen ist. Es handelt sich um einen Aufwand von 118.970,73 € (brutto) für zwei Jahre. Der Bedarf wurde vom Rechnungsprüfungsamt anerkannt. Die Mittel in Höhe von 118.970,73 € stehen bei der Finanzstelle 0000-1201-0-0001, Finanzposition 6601.578.3100.0 bzw. 6601.578.3200.8 zur Verfügung.

Anlagen 1, 2